Nummer 270 — Halle, Mittwoch, den 13. September 1922 — 57. Jahrgang

Einzelpreis 5 Mark

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mitteldeutschland

Erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Die Bezugs-Gebühr des Blattes beträgt in Stadt und Land sowie durch die Post bei freier Zustellung monatlich Mark 55.00, in den Ausgabestellen abgeholt Mark 44.00 monatlich. Die achtgespaltene Anzeigen-Millimeter-Zeile kostet im Ortsverkehr Mark 6.00, im auswärtigen Verkehr Mark 8.00. Reklamen die Millimeter-Zeile Mark 15.00 im Ortsverkehr und Mark 25.00 im auswärtigen Verkehr. Anzeigen-Schluß: Zehn Uhr vormittags.

Geschäfts-Gebäude: Halle a. S., Neue Promenade 1a und Große Brauhausstraße 17. Fernsprecher-Hauszentrale: Sammel-Nummern 1140 und 1142. Stadt-Geschäftsstelle: Markt 24. Drahtt-Anschrift: „Saalezeitung Hallesaale". Bank-Rechnung Bankhaus Reinhold Steckner, Halle a. S. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 29815. Erfüllungsort und Gerichtsstand: Halle an der Saale. Bezugskündigungen sind stets nur bis zum 20. eines jeden Monats zum Schluß des laufenden Monats zulässig.

Belgien besteht auf dem Golddepot.

100 Millionen Goldmark an die Nationalbank in Brüssel / Ultimative Befristung auf 3 Tage / Die englisch-französische Balkankrise.

Die belgische Antwort.

Brüssel, 12. September. Die Agence Belge teilt mit: Der belgische Ministerpräsident Theunis hat beschlossen, von Deutschland die Begleichung der am 15. August und 15. September fälligen Zahlungen mit Schatzscheinen zu verlangen, die durch ein Golddepot sichergestellt werden sollen, das in einer der belgischen Regierung genehmen Bank hinterlegt werden soll. Heute vormittag hat der Minister des Aeußern Jaspar dem deutschen Geschäftsträger Dr. Landsberg den Beschluß der belgischen Regierung notifiziert.

Der „Temps" weiß zu dem Beschluß der belgischen Regierung nähere Einzelheiten zu geben, die sich im wesentlichen mit seinen Ankündigungen vom Montag decken. Das Blatt schreibt: Ministerpräsident Theunis hatte heute eine lange Unterredung mit den in Brüssel anwesenden Ministern, vorzugsweise mit Jaspar und Van de Vyvere, gehabt. Der Entschluß Theunis', die Berliner Verhandlungen abzubrechen, hätte einstimmige Billigung gefunden. Theunis werde die Verhandlungen über die Reparationsfrage künftig persönlich leiten. In gewissen politischen Kreisen erkläre man, eine Politik der Strafmaßnahmen nicht mitzumachen, weil man dadurch das Schicksal der in Brüssel geplanten großen Finanzkonferenz zu gefährden fürchte. Die Haltung des belgischen Kabinetts wäre aber nicht zweifelhaft. Belgien halte die Verhandlungen mit Berlin für abgeschlossen. Heute morgen hatte Außenminister Jaspar mit dem deutschen Gesandten Dr. Landsberg eine Unterredung. Er machte diesem die Mitteilung, daß die deutsche Regierung der belgischen zum 15. September zwei Schatzanweisungen mit sechsmonatiger Lauffrist zu übergeben habe, die den Zahlungen des 15. August und des 15. September im Gesamtbetrage von 100 Millionen Goldmark zu entsprechen hätten. Gleichzeitig habe Deutschland zum 15. September die Summe von 100 Millionen an die Nationalbank in Brüssel abzuliefern. Alles werde nunmehr davon abhängen, ob Deutschland diesen beiden Verpflichtungen nachkommen oder sie ablehnen werde. In halbamtlichen Brüsseler Kreisen glaube man an eine einfache Ablehnung. In diesem Fall hätte der Wiederherstellungsausschuß die „Verfehlung Deutschlands" festzustellen. Man glaube, daß die Feststellung einstimmig erfolgen dürfte, weil es nicht möglich sei, die Lauffrist der Sechsmonatswechsel auf ein Jahr zu verlängern. Belgien würde mit dem Vorschlage, daß die Reparationskommission die Verfehlung Deutschlands feststelle, sicherlich an Frankreichs Seite stehen. Die alsdann zu ergreifenden Maßnahmen würden aber von den Regierungen beschlossen werden.

Ein dreitägiges Ultimatum.

Paris, 12. September. Der Korrespondent des „Temps" in Brüssel meldet: Zur Beantwortung der Frage des belgischen Ministerpräsidenten sei der deutschen Regierung eine Frist von drei Tagen eingeräumt worden. In offiziellen Kreisen sei man der Ansicht, daß Deutschland diese Forderung ablehnen werde.

*

Berlin, 13. September. (Eig. Drahtmeldung.) In Berliner Regierungskreisen hat die Nachricht von der unnachgiebigen Haltung der belgischen Regierung, die scheinbar alle den belgischen Delegierten in Berlin gegebenen Aufklärungen außer acht läßt, Erstaunen hervorgerufen. Es ist anzunehmen, daß die deutsche Regierung an ihrem bisherigen Standpunkt festhält, was die Ablehnung der belgischen Forderung bedeutet. Die Reichsregierung ist schon aus dem Grunde nicht in der Lage, das gewünschte Golddepot von hundert Millionen zu hinterlegen, weil der Reichsbankpräsident sich, wie gemeldet, geweigert hat, bei einer sechsmonatigen Lauffrist der Schatzwechsel die Bürgschaft zu übernehmen. Die Sachlage ist demnach eindeutig umschrieben. Die Reichsregierung wird wahrscheinlich heute zu einer Kabinettssitzung zusammentreten, um über die Lage zu beraten. Der Reichskanzler selbst tritt Ende dieser Woche einen kurzen Erholungsurlaub an, während dessen der Reichsfinanzminister Dr. Hermes die weiteren Verhandlungen über das Garantieproblem führen wird. — Staatssekretär Fischer und Staatssekretär a. D. Bergmann sind in Paris angekommen und werden der Reparationskommission, die am 15. September zusammentritt, die Gründe der deutschen Regierung mitteilen, die zur Verweigerung der von Belgien geforderten Regelung geführt haben.

Englands Entweder — oder.

Amsterdam, 12. September. Aus London wird gemeldet: Die halbamtliche Daily Chronicle erklärt, daß England mit Rücksicht auf seine Interessen in den Dardanellen die Freiheit der Meerengen mit oder ohne Hilfe seiner Alliierten gegen die Angriffe der Türken zu verteidigen suchen werde. Ein Teil der Pariser Presse feiere den Türkensieg, als ob es sich um einen Sieg der französischen Waffen handele. Wenn das die Politik Frankreichs wäre, so bedeutete das das Ende der Entente. Frankreich könne nicht zugleich die Türken in einer kriegerischen Handlung unterstützen und die Entente aufrechterhalten. Es könne zwischen der Freundschaft Englands und der Freundschaft einer militärischen Türkei wählen. Beides könne Frankreich jedoch nicht haben.

Das Balkanproblem.

Paris, 13. September. (Eigene Drahtmeldung.) Der „Temps" meldet aus London, die Ansichten der offiziellen englischen Kreise über die interalliierte Haltung dem Problem Kleinasiens gegenüber lasse sich folgendermaßen zusammenfassen: 1. Alle schnellen Entschlüsse, die militärischen Charakter tragen, überlasse man den alliierten Oberkommissaren in Konstantinopel. 2. Was die anatolische Frage betreffe, so halte man sich an das alliierte Memorandum vom 27. März. 3. Was Konstantinopel anbelange, so hoffe England fest auf die Unterstützung seiner Alliierten zählen zu können, um die Entschlüsse vom 27. März aufrecht zu erhalten. Diese Ansichten der englischen Regierung seien gestern der französischen Regierung übermittelt worden. Die Meldungen, Lloyd George beabsichtige, der Sitzung des Völkerbundes in Genf beizuwohnen, sind zum mindesten verfrüht.

*

„Daily Chronicle" meldet aus Konstantinopel, daß die Türken folgende Bedingungen für den Waffenstillstand aufstellen werden:

1. Uebergabe der griechischen Armee mit dem gesamten Kriegsmaterial.
2. Verzicht auf alle Ansprüche in Anatolien und Thrazien.
3. Entschädigungen und Kriegsentschädigungen.
4. Auslieferung derjenigen griechischen Personen, die für die Verwüstungen in Anatolien verantwortlich sind zur Aburteilung in der Türkei.

Frankreich am Scheidewege.

London, 12. September.

Die „Times" sagt in einem Leitartikel zur Frage der Freiheit der Meerengen, die Ententemächte müßten den neuen Tatsachen in das Auge sehen und sich zu einer gemeinsamen Politik entschließen und, wenn notwendig, eine gemeinsame Politik erzwingen. Wenn sie alle zeigten, daß sie einig seien, würde sich wohl keine Notwendigkeit zu einem Erzwingen ergeben. Die Freiheit der Meerengen sei ein gemeinsames Interesse, das allen unentbehrlich sei.

„Daily Chronicle" sagt, jeder Engländer, der in Gallipoli oder in Mesopotamien gefallen sei, wäre vergeblich gefallen, wenn die Türkei wieder im nahen Osten als erobernde Militärmacht auftreten sollte. Diese ernste Gefahr drohe. Man scheine zu vergessen, daß England sich noch im Kriege mit der Türkei befinde; der Friedensvertrag sei niemals ratifiziert, die gesamte Politik der Regierung von Angora sei eine Fortsetzung des letzten Krieges.

Die furchtbare Warnung des Gallipoli-Feldzuges führe das überwältigende britische Interesse an der Sicherheit der Meerengen gegenüber der Gefahr ihrer Schließung so nachdrücklich vor Augen, daß England berechtigt sein würde, jede Aktion mit oder ohne die Alliierten zu unternehmen. Es sei notwendig, deutlich zu reden.

Ein großer Teil der Pariser Presse schreibe über die türkischen Siege, als ob sie ein Triumph Frankreichs seien. Wenn das die offizielle französische Politik wiedergebe, würde es das Ende der Entente sein. Frankreich könne die Türkei bei ihren Kriegshandlungen unterstützen, es könne aber nicht zu gleicher Zeit die Entente aufrechterhalten. Es müsse wählen zwischen der britischen Freundschaft und der Freundschaft mit einer militärischen aggressiven Türkei.

London, 12. September.

Der Pariser Vertreter der Regierung von Angora, Ferid Bey, erklärte in einer Unterredung mit einem Berichterstatter des „Daily Expreß", die einzige Hoffnung für den Frieden im Orient sei, daß die britische Regierung einer bedingungslosen Rückerstattung Adrianopels an die Türken und der Räumung Konstantinopels durch die Alliierten zustimme. Wenn die britische Regierung das tue, dann könnte eine Konferenz stattfinden und die Türken könnten eine Internationalisierung der Meerengen und andere Fragen erörtern, wie z. B. das Verbleiben der Engländer in Basra und anderen Städten Mesopotamiens, wo England Interessen habe.

Die Türken erhöben keinen Anspruch auf Mesopotamien; wenn aber die englische Regierung es ablehne, den Anspruch der Türken auf Adrianopel und die türkische Souveränität über Konstantinopel zuzugestehen, dann würden die Türken Mesopotamien überrennen und alles tun, was in ihrer Macht stände, um den britischen Interessen entgegenzuarbeiten und die britische Herrschaft im Osten zu behindern.

Die einzige Hoffnung Großbritanniens beruhe nur darauf, daß es die Türkei zu seinem Freunde mache. Die Türkei strecke England die Hand hin, es sei Englands Sache, sie zu ergreifen.

Griechische Greueltaten.

Paris, 12. September. (Eigene Drahtmeldung.) Der Spezialberichterstatter des „Daily Telegraph" in Smyrna hat in einem langen Telegramm an sein Blatt die militärische Operation, die zu der Einnahme von Smyrna geführt habe, mitgeteilt. Er teilte unter anderem mit, daß griechische Truppen in Aidin eine große Anzahl Muselmanen in eine Moschee eingeschlossen und daraufhin das Gebäude in Brand gesteckt haben. Aehnliche Greueltaten haben sich auch noch in anderen Städten ereignet. Es seien auch Frauen und Kinder umgekommen.

Krankenversicherungsgrenze 200 000 Mark.

Erhöhungen der Versicherungsleistungen.

Der Reichstagsausschuß für soziale Angelegenheiten befaßte sich gestern mit dem Einspruch des Reichsrates gegen die vorgeschlagene Erhöhung der Versicherungsgrenze in der Krankenversicherung auf 300 000 Mark. Nach kurzer Erörterung stimmte die Mehrheit des Ausschusses gegen die beiden sozialistischen Fraktionen dem Reichsratsbeschluß zu, diese Grenze bei 200000 M. aufzurichten.

Heutiger Stand des Dollars 1598!

Die Unterbrechung.

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

Die Abreise der belgischen Delegierten Bemelmans und Delacroix aus Berlin ist in London und Paris verhältnismäßig mit Gleichmut aufgenommen worden. Die Pressestimmen scheinen zu zeigen, daß für diese ruhige Beurteilung der Dinge nicht Gleichgültigkeit mit dem deutschen Schicksal maßgebend ist. Man sieht in der Abreise keinen Abbruch, sondern lediglich eine Unterbrechung der Verhandlungen. Aus den Worten des Reichskanzlers an die Oberschlesier am Sonntag kann man entnehmen, daß die Abreise nicht auf Entschlüsse des belgischen Ministerrats zurückgeführt werden darf. Es ist Frankreich und immer wieder Frankreich, das die sachliche Erledigung der Reparationsfrage sowohl in seinem aktuellen Stadium wie hinsichtlich einer endgültigen Regelung hindert. Die belgischen Delegierten haben das deutsche Verlangen, für die Schatzwechsel eventuell eine einjährige Prolongation vorzusehen, nicht als unsachlich empfunden. Ihnen ist der Ernst der deutschen Lage vielmehr in Berlin so stark zum Bewußtsein gekommen, daß sie die deutschen Vorschläge weiterleiteten und in Berlin den Bescheid ihrer Regierung abwarteten. Aber das belgische Kabinett hat sie dann zurückberufen.

An sich muß man zugeben, daß die Reparationskommission in ihrem Beschlusse von sechs Monatswechseln gesprochen hat. Wenn sich jetzt Frankreich an diesen Wortlaut klammert, so erhebt sich die Frage, aus welchen Gründen es das tut. Ist Herr Poincaré hier wieder einmal lediglich der Formaljurist, oder glaubt er an der deutschen Weigerung einhaken zu können, um endlich die deutsche Verfehlung festzustellen? Noch sieht man nicht klar, ob juristische Bedenken oder politische Absichten den französischen Einspruch hervorgerufen haben. Von der Beantwortung dieser Vorfragen hängt das Urteil über die neugeschaffene Lage ab. Die deutsche Regierung ist bei dieser ganzen Frage von rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten ausgegangen. Das war absolut berechtigt, und keine andere Stellungnahme hätte sich irgendwie rechtfertigen lassen. Für uns geht es ums letzte. Jedes Risiko das wir über den Kreis des wirklich Leistbaren hinaus übernehmen, kann uns Kopf und Kragen kosten. Gewiß, die Optimisten in der Welt hoffen darauf, daß schon in Kürze die große Brüsseler Anleihe- und Finanzkonferenz die Reparationsfrage einer befriedigenden Lösung entgegenführen wird. Man glaubt, daß nach den amerikanischen Wahlen im November die Beteiligung von Washington erreichbar sein wird. Hätten diese Optimisten recht, dann würde man in sechs Monaten die inzwischen diskontierten Schatzwechsel aus den Erträgnissen der großen Anleihe einlösen. Aber alle bisherigen Erfahrungen sprechen gegen einen solchen Optimismus. Als nüchterne kaufmännische Sachwalterin der deutschen Interessen mußte darum die Regierung weitgehende Vorsicht üben. Das deutsche Moratoriumsersuchen wäre ja geradezu seines Ernstes entkleidet worden, wenn man anders verfahren wäre.

Die Frage der Garantien ist zwar auch noch nicht völlig geklärt worden. Der belgische Vorschlag der Drittelung, wonach ein Viertel der Schatzscheine durch das Gold der Reichsbank, die Hälfte durch die deutsche Industrie und das restliche Viertel durch englisch-holländische Banken gesichert werden sollten, ist weder von den englischen Banken, noch von der deutschen Industrie gutgeheißen worden. Aber vielleicht hätte man hier rasch zu einer Einigung kommen können, wenn Belgien auf die Prolongation wirklich eingegangen wäre. Die deutsche Regierung hat das ganze Problem entschlossen aus der Verhandlungsbasis mit den von Belgien vorgeschlagenen Garantien herausgehoben, indem sie bereit war, die Unterschrift der Reichsbank für die Gesamtsumme zu geben, sofern die Schatzwechsel nötigenfalls zweimal prolongiert werden würden. Allerdings forderte man von deutscher Seite auch noch die ausdrückliche Erklärung, daß darüber hinaus der Goldbestand der Reichsbank nicht geschwächt werden dürfe. Auch diese Forderung war eine Selbstverständlichkeit; denn jede Währungsreform müßte für alle Zeiten zur Unmöglichkeit werden, wenn die Abbröckelungsversuche gegen unsere letzte Metallreserve fortgesetzt werden. Man darf annehmen, daß auch hier die belgischen Sachverständigen mehr Wirklichkeitssinn gezeigt haben, als die Politiker in Paris.

Die nächste Phase der Entwicklung wird jetzt vom belgischen Kabinett bestimmt werden. Es wäre möglich, daß sich auf Grund einer mündlichen Berichterstattung der belgischen Delegierten und nach entsprechender Fühlungnahme mit Paris, Belgien entschlösse, die Verhandlungen mit Deutschland fortzusetzen. In diesem Falle könnte man mit einer baldigen Rückkehr der belgischen Delegierten rechnen. Der andere Fall ist der wahrscheinlichere. Er bestünde darin, daß die Reparationskommission ihren Beschluß dahin erweitert, daß Bedenken gegen eine Prolongation auf zweimal sechs Monate nicht bestehen. Die deutsche Regierung rechnet offenbar mit dieser zweiten Möglichkeit. Sie hat die Staatssekretäre Fischer und Bergmann nach Paris entsandt, damit sie dort die Fühlung mit der Reparationskommission für den Fall einer neuen Beschlußfassung aufnehmen können. Im Grunde handelt es sich kaum um eine sachliche Veränderung des ersten Beschlusses der Reparationskommission. Dieser ging ja davon aus, daß Belgien direkt mit Deutschland verhandeln sollte, weil die Barzahlungsraten dieses Jahr der belgischen Priorität zugute kommen sollten. Gesteht man Belgien das Recht zu, sich mit Schatzwechseln vorläufig

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19220913010/fragment/page=0001

zu begnügen, dann muß man ihm logischerweise auch das weitere Recht lassen, bei der Erlangung von Garantien für diese Schatzwechsel die Eventualität einer Prolongierung vorzusehen. Wenn das ganze Reparationsproblem rein ökonomisch beurteilt würde, könnte es einen Streit darüber kaum geben. Aber der Reichskanzler hat schon recht, immer wieder schieben sich politische Gesichtspunkte in den Vordergrund. Darum muß man leider auch damit rechnen, daß für den Fall einer neuen Beschlußfassung der Reparationskommission Frankreich sein altes Spiel wiederholt. Es wird kaum auf den Versuch verzichten, erneut eine Mehrheit für die Feststellung einer böswilligen Verfehlung Deutschlands zu erlangen. Man darf jedoch annehmen, daß ihm Belgien darin heute ebenso wenig folgt wie vor einigen Wochen. Ob freilich Herr Dubois in eine Prolongation willigen wird, ist noch recht fraglich. Es kann also abermals schwierige Verhandlungen geben, und unsere einzige Hoffnung ist im Augenblick nur die, daß es auch anders kommen kann. Die Haltung der Pariser Presse läßt die Hoffnung immerhin nicht als aussichtslos erscheinen.

Gegen die Teuerung.

Die Forderungen der Gewerkschaften.

Berlin, 13. September. (Eigene Drahtmeldung.) Im Reichswirtschaftsministerium fand gestern erneut eine Aussprache der Gewerkschaftsführer mit den Leitern des Reichswirtschafts- und des Reichsernährungsministeriums statt. Die Führer der Gewerkschafter erklärten an, daß einige ihrer Forderungen von der Regierung erfüllt seien. Sie wiesen indessen auf die starke Erregung hin, in der sich nach wie vor die gesamte Verbraucherschaft angesichts der weiteren Preisentwickelung auf allen Gebieten des notwendigsten Lebensbedarfes befindet. Unter Anerkennung der Tatsache, daß unser wirtschaftliches Schicksal in erster Linie von der Lösung der Reparationsfrage abhängig sei, wurde von der Regierung gefordert, daß sie die Wirtschaft und die Preise sich nicht selbst, d. h. den außenpolitischen und spekulativen Einflüssen überlasse.

Erklärungen der Minister.

Der Reichswirtschaftsminister legte die von ihm inzwischen getroffenen Maßregeln — Erhöhung der Ausfuhrabgabe, Beschränkung der Einfuhr von nicht lebenswichtigen Waren — dar und erörterte die Schwierigkeiten, die sich bei den angeregten weiteren Schritten zur Bekämpfung des Ausverkaufes des deutschen Marktes durch die Ausländer zeigten. Er unterstrich ferner die schweren Bedenken, welche der tadelnswerten Fakturierung in ausländischer Währung im Inlande entgegenständen. Eine Besteuerung der Börsengewinne, vielleicht durch schärfere Erfassung bei der Einkommensteuer, habe durchaus seine Billigung. Der dankenswerte und notwendige Beschluß der Bergarbeiter, Ueberschichten zu verfahren, stobe teilweise auf die erwarteten Widerstände, die aber nach den vorliegenden Berichten hoffentlich abebben würden. Unter Zustimmung der Erschienenen stellte der Minister fest, daß er an den Preisprüfungs- und Wucherbestimmungen grundsätzlich festhalten werde.

Der Reichsernährungsminister kam eingehend auf die Frage der

Wiedereinführung der Zwangswirtschaft

zu sprechen. Er warnte eindringlich vor der Auffassung, daß es möglich sei, einseitig ein Gebiet der Ernährungswirtschaft allein oder diese letztere insgesamt unter Freilassung der übrigen Gewerbe in Zwangswirtschaft zu nehmen. Der Minister ging dann ausführlich auf die Aussichten unserer Ernährung ein. Die Reichsgetreidestelle habe für die nächste Zeit genügend Brotgetreide in der Hand. Entsprächen die Ablieferungen auf die Umlage den Erwartungen, dann sei unter Berücksichtigung der Auslandskäufe die Versorgung bis zum Frühjahr 1923 sichergestellt. Indessen müsse der Preis für das Umlagegetreide der eingetretenen Geldentwertung nach Möglichkeit angepaßt werden. Den Ausfall der Ernte schätze er in Brotgetreide um etwa 20 Prozent niedriger ein als im Vorjahre. Jedoch seien zweifellos noch achtbare Bestände alter Ernte in den Händen der Erzeuger und des Handels.

Die Kartoffelernte

verspreche in allen Teilen Deutschlands sehr gut zu werden; in Deutschland wüßten sich alte Leute eines ähnlichen Segens kaum zu erinnern. Eine so gute Ernte werde die Preise selbsttätig niedriger halten, als es die Festsetzung von Höchstpreisen tun könne. In der Zuckerbewirtschaftung werde er trotz einer in Aussicht stehenden guten Zuckererzeugung von Anfang an fest zugreifen und es unter keinen Umständen dahin kommen lassen, daß die Luxusindustrie der Bevölkerung den Zucker vorweg entzöge. Er hoffe, es doch auch ohne Zuckerkarte dahin zu bringen, daß die Bevölkerung besser versorgt werde. Die Bestrebungen zur Hebung der landwirtschaftlichen Erzeugung sehe er als eine vornehmste Aufgabe an. Er werde hier unterstützend eingreifen, wo immer seinem Ministerium wirklich ernster Wille zu positiver Leistung dargetan werde. — Mit diesen Darlegungen schloß die mehrstündige Besprechung.

Der vielbeklagte Margarinepreis.

Der Margarine-Verband E. V. (Berlin) sendet der Presse folgende Darlegungen:

„Die starke Erhöhung der Margarinepreise hat eine gewisse Erregung in der Bevölkerung hervorgerufen. Es wird immer noch nicht genügend beachtet, daß sämtliche Rohstoffe für Margarine aus dem Ausland stammen. Seit einiger Zeit sind die frachtgünstig gelegenen Fabriken sogar gezwungen, ihre Kohlen aus dem Ausland zu beziehen. Bei den außergewöhnlichen Devisenschwankungen der letzten Wochen sind die Verlustmöglichkeiten so außergewöhnlich groß, daß eine Eindeckung auf längere Sicht ausgeschlossen ist und der Fabrikant täglich für Rohstoffe Devisen kaufen muß, um die Ergänzung seines Rohstoffiagers vorzunehmen. Er muß sowohl zur Aufrechterhaltung seines eigenen Betriebes, wie der Versorgung mit Margarine im allgemeinen die Preise dem Devisenstand anpassen. Nun folgen an und für sich die Margarinepreise den Devisen nicht in gleichem Tempo. Der Margarinepreis vom 1. Juli, der 77 M. betrug, stieg bis zum 24. Juli auf 155 M., d. h. um etwa 100 Proz., während der Dollarkurs, wie erwähnt, um 200 Proz. gestiegen war. Selbst bei einer berartigen Erhöhung der Preise erzielt der Fabrikant nicht die Anzahl Papiermark, die er braucht, um die verkaufte Menge Rohstoffe wieder voll zu ergänzen, d. h. er erleidet Verluste. Umgekehrt ist auch ein schnelles Sinken der Devisen wieder von Verlusten begleitet, denn nun setzt regelmäßig der sog. Käuferstreik ein, und die leicht verderbliche Ware kann nur mit Verlusten untergebracht werden. Bei den heftigen Devisenbewegungen, die wir zurzeit durchmachen, überwiegen die Verluste derart, daß die Gefahr des Aufsehrens der Geldmittel und eine damit verbundene Einschränkung bzw. Stillegung der Betriebe in bedrohliche Nähe gerückt ist. Bereits hat die Margarineindustrie einschneidende Aenderungen ihrer Verkaufsbedingungen vornehmen müssen, um die nötigen Mittel frei zu bekommen. Die großen Schwierigkeiten, mit denen die Margarineindustrie zu kämpfen hat, widerlegen jedenfalls mehr als alles andere den Vorwurf der unberechtigten Bereicherung."

Dazu bemerkt die „Frkf. Ztg.", die gewiß nicht industriefeindlich ist: „Die hier vom Margarineverband angeführten Schwierigkeiten sind keineswegs so geartet, daß mit ihnen dieser Industriezweig allein zu rechnen hätte. Vielmehr herrschen sie heutzutage mehr oder weniger stark in einer großen Anzahl industrieller Gebiete. Auch ist die Frage der Anpassung der Mark-Verkaufspreise an die Devisenlage ein Problem, dessen Lösung nicht nur den Margarinefabrikanten Kopfzerbrechen macht. Wenn allerdings diese Frage gerade im Zusammenhang mit der Gestaltung des Margarinepreises besondere Aufmerksamkeit verdient, so liegt das daran, daß es sich hier um einen der wichtigsten, die weitesten Kreise unmittelbar interessierenden Bereiche der Volksernährung handelt. Um so stärker aber muß sich die in Betracht kommende Industrie auch der Verantwortung bewußt sein, die sie gegenüber der Volksgesamtheit bei der Preisfestsetzung hat. Die wilde Devisenbewegung der letzten Wochen war mit dem ruhelosen Auf und Ab der Kurse sehr geeignet, Ausschreitungen auf diesem Gebiet zu begünstigen, und tatsächlich hat es auch an solchen Ausschreitungen durchaus nicht gefehlt. In bezug auf die Margarinepreise kann man sich gleichfalls des Eindrucks nicht erwehren, daß der Verband sich, mag er auch die äußersten Spitzenkurse unbeachtet gelassen haben, doch den panikartigen Devisenbestand, von dem ja nun bereits ein gutes Stück wieder abgebaut ist, mehr zu nutze gemacht hat, als die Rücksichten auf das privatwirtschaftliche Gedeihen der einzelnen Industriebetriebe unbedingt erheischen. Insofern schießen wohl die Vorwürfe nicht völlig über das Ziel hinaus, die ja auch in der Tat die Wirkung hatten, daß der Verband ihnen durch eine wesentliche Herabsetzung der kurz vorher übermäßig stark hinaufgesetzten Preise Rechnung tragen mußte."

Die neuen Postgebühren.

Genehmigung durch den Reichsrat.

Berlin, 13. September. (Eig. Drahtmeldung.) Der Reichsrat erklärte sich in seiner öffentlichen Sitzung vom Donnerstag abend, die unter Vorsitz des Postministers Giesberts abgehaltene wurde, mit einer Erweiterung der Grenze für die Versicherungspflicht in Krankenkassen auf 204 000 Mark einverstanden und genehmigte eine Verordnung über Erhöhung der Teuerungszuschüsse und der Einkommensgrenze im Gesetz über die Teuerungsmaßnahmen für Militärrentner. — Weiterhin wurden die neuen Sätze der Post-, Telegraphen- und Fernsprechgebühren ohne Erörterung einstimmig angenommen. Damit wird u. a. der einfache Fernbrief vom 1. Oktober an 6 Mark kosten, die Postkarte im Fernverkehr drei Mark. Ein 5 Kilogramm-Paket wird in der Nahzone 30 Mark, in der Fernzone 80 Mark kosten. Die ursprünglich vorgeschlagene Erhöhung der Zeitungsgebühren ist vom Ministerium selbst zurückgezogen worden. Die Verpackung der Zeitungen hat der Verleger auf seine Kosten auszuführen, aber der Verpackungszwang ist weggefallen. Der Höchstbetrag für Postanweisungen wurde auf 5000 Mark erhöht, wofür das Porto 20 Mark beträgt. Ein Auslandsbrief bis zum Gewicht von 20 Gramm wird 20 Mark kosten. Der Mindestbetrag für ein Ortstelegramm ist auf 30, für ein Ferntelegramm auf 50 Mark festgesetzt. Die Fernsprechgebühren haben jetzt eine Erhöhung um insgesamt 600 Proz. erfahren. Postminister Giesberts bemerkte nach Annahme der Vorlage, hiermit sei das Defizit der Reichspostverwaltung nicht abgedeckt, es bleibe rechnungsmäßig wahrscheinlich noch ein Fehlbetrag von 15 bis 20 Milliarden. Der Minister verbreitete sich dann noch im einzelnen über die Gesichtspunkte, die für die Festsetzung der neuen Gebührenordnung maßgebend waren, und erörterte im Anschluß daran die bereits bekannten Grundsätze der Reichspostverwaltung in den Fragen der Verkehrsvereinfachung und der Personalpolitik.

Neues vom Tage

Hundert Tote beim Untergang der Hammonia.

Aus Madrid wird gemeldet, daß entgegen allen anderen Meldungen bei dem Untergang des deutschen Dampfers „Hammonia" fast hundert Passagiere umgekommen seien. Der im Süden von Gibraltar liegende Dampfer „Soldier" teilt mit, daß er 61 Schiffbrüchige an Bord habe.

Die gefährlichen Röntgenstrahlen. Ein Märtyrer der Wissenschaft ist der Meyer Arzt Dr. Reiß, der Gründer des Instituts für Radiologie und Radiotherapie im Blandinenstift, dem jetzt die rechte Hand abgenommen werden mußte. Seit 1909 hatte sich Dr. Reiß mit der Anwendung der Röntgenstrahlen beschäftigt und zahlreiche Kranke mit Erfolg behandelt. Bereits 1910 verursachten die für den ausübenden Arzt so gefährlichen Strahlen den Verlust des kleinen Fingers der rechten Hand. Seither verbreiteten sich Geschwürbildungen auch an den anderen Fingern und der äußeren Handfläche, so daß die Amputation der ganzen Hand notwendig wurde.

Die Berliner Lichtbildtheater werden geschlossen. Die Drohung der Berliner Lichtbildtheaterbesitzer unter der drückenden Last der Lustbarkeitssteuer ihre Theater schließen zu müssen, falls ihnen keine Ermäßigung zugestanden würde, dürfte nun zur Tatsache werden. Weder der Berliner Magistrat noch die Stadtverordneten, an die sich die Theaterbesitzer gewandt hatten, haben irgendwelche Schritte unternommen, um eine Schließung der Theater abzuwenden. Die Theaterbesitzer haben daher beschlossen, es bei der Schließung am 22. September bewenden zu lassen.

Scheidung durch Inserat. Während der Weg über die Zeitungsannonce schon längst kein ungewöhnlicher mehr für diejenigen ist, die sich zum Bunde fürs Leben finden wollen, hat ein Versuch, auf diese Weise das entgegengesetzte Ziel zu erreichen, immerhin den Reiz der Neuheit. Dieses Experiment ist jetzt in der britisch-indischen Provinz Birma gemacht worden. In den in der Hauptstadt erscheinenden Rangoon Times findet sich nämlich folgendes Inserat: „Ungültigkeitserklärung einer Ehe. Ich Unterzeichneter teile durch Gegenwärtiges mit, daß ich die eheliche Verbindung mit meiner Frau Sin Kun mit dem heutigen Tage aufgelöst habe, weil besagte Frau frech, pflichtvergessen und gegen mich und meine Eltern ungehorsam ist, und weil sie trotz ihrer Versicherung, unserer beständigen Ermahnung und dem guten Beispiel, das wir ihr gegeben haben, sich als unverbesserlich erwiesen hat. Gez. M. K. Kun." Ob damit die Sache erledigt ist? Die Beteiligten müssen's wissen!

Hoffnungsvolle Jugend. Schwer geschädigt wurde eine Berliner Aktiengesellschaft in der Markgrafenstraße. Der bei ihr seit einem halben Jahre beschäftigte 19jährige Kaufmannslehrling Max Scheibe erhielt den Auftrag, 750 000 Mark von der Reichsbank abzuheben. Scheibe nahm das Geld auch in Empfang, lieferte es aber nicht ab, sondern verschwand. Auf seine Verhaftung und die Wiederbeschaffung des Geldes ist eine entsprechende Belohnung ausgesetzt.

Peinlich! Von dem Reinfall eines „Salutakäufers" erzählt die Saale-Ztg. eine ergötzliche Geschichte: Kam da dieser Tage ein bieterer Lodtringer mit seinem abgetragenen Anzug nach dem Saargebiet, um sich neu auszustaffieren. Trotz verschärfter Kontrolle war es ihm gelungen, ohne roten Paß einen Anzug zu erhalten, und frohgemut leistete er sich noch ein kräftiges Abendessen. Darauf gings flott zum Bahnhof, den gut verpackten Anzug unterm Arm. Am Zuge leeres Abteil, eingestiegen und mit Ungeduld zum W. C. Absahrt des Zuges, alter Anzug ausgezogen und zum Fenster hinausgeworfen. Doch die Rache schreitet schnell; als der Hamster sein Paket aufschnürte, fehlt — die Hose!

Man muß sich nur zu helfen wissen! In Thüringen erzählt man sich folgendes hübsche Geschichtchen: Ein Herr fand eines Tages auf der Straße einen Tausendmarkschein. Der Finder war mit Glücksgütern nicht sehr gesegnet und hätte das Geld zu gerne behalten, wenn ihn nicht sein Gewissen bedrückt hätte. Was sollte er nun tun? Endlich fand er einen Ausweg. Er ging hin und wechselte den Tausendmarkschein in zwei Fünfhundertmarkscheine. Diese lieferte er bei der Fundstelle ab. Natürlich meldete sich niemand, der die beiden Scheine verloren hatte, und nach Ablauf der gesetzlichen Frist konnte der ehrliche Finder das Geld wieder in Empfang nehmen.

Aus Sucht zum flotten Leben zum vierfachen Mörder geworden. Aus Flensburg wird berichtet: Der jetzt vor dem Schwurgericht wegen Ermordung der 27jährigen Gärtnerswitwe Helene Schmidt in dem stillen Dorfe Ulsnis, in Schleswig, deren zwei Knaben, 13 und 11 Jahre alt, und des Dienstmädchens Frieda Wiese dreimal zum Tode verurteilte erst 19jährige Dienstknecht Johannes Friedrich Greve zeigt selbst nach dem furchtbaren Urteilsspruch keine besondere Erschütterung, wie sie im allgemeinen doch wohl erklärlich scheine. Man steht vor einer räselhaften abnormalen Gemütsverfassung eines jungen Menschen, zu dessen verbrecherischer Entwicklung zweifellos böses Beispiel aus der Umgebung im Geldausgeben für ein flottes Leben beigetragen hat. Greve, der sich mit seiner Kleidung sehen lassen konnte, wollte aber, um den „Kavalier" spielen zu können, noch bessere Kleidung und Geld für vergnügte Lebensmanieren haben. Mit kleineren Objekten fing er mit seiner Verbrecherlaufbahn an, um mit dem Entsetzlichen, das nach Sühne schrie, aufzuhören. Im Hause der ermordeten Frau Schmidt hoffte Greve größere Geldmittel, die ihm das gewünschte Leben gestatten sollten, zu finden. Doch nur 189 Mark waren die Beute. Das Raffinement, mit dem Greve, auf den die Kriminalisten schließlich doch ein Auge geworfen hatten, von sich abzulenken suchte, war so groß, daß er sogar einmal einem Manne bei Arbeiten auf dem Felde sagte, er (Greve) würde, wenn er die Straße ausführen dürfte, den Mörder in eine Fleischdrehmaschine stecken und ihm ein Glied nach dem andern abdrehen!

Rettung aus Seenot. Die Passagiere des ungefähr 80 Meilen von Vigo gestrandeten deutschen Dampfers „Hammonia" sind alle von den zu Hilfe eilenden Schiffen gerettet worden.

Aus der Heimat

Neue Lohnerhöhungen in der Metallindustrie.

Der Schlichtungsausschuß für Halle und den Saalkreis schreibt: In der Lohnbewegung der Metallindustrie von Magdeburg und Umgebung sowie der Anhaltischen Industrie fanden am 12. d. Mts. im Namen des Reichsarbeitsministeriums Verhandlungen vor dem hiesigen amtlichen Schlichtungsausschuß statt, die unter Vorsitz des Herrn Prof. Dr. Joerges nach lang anhaltender Sitzungsdauer bis in die Morgenstunden ihren Abschluß fanden mit einem Schiedsspruch, nach welchem für die 2. Hälfte des Monats September ein Lohn von 52 Mark auf 65 Mark festgesetzt wurde.

Schwerer Unglücksfall.

Wolsen, 12. September. In der Farbenfabrik der Aktiengesellschaft für Anilinfabrikation in Wolsen ereignete sich am gestrigen Tage ein schwerer Unglücksfall. Durch die verhängnisvolle Verkettung unglücklicher Umstände und durch ein bedauerliches Versehen traten Schwefelwasserstoffgase in ein leeres Montejus, in dem zwei Arbeiter stundenlang zuvor gearbeitet hatten und das sie gerade im Begriff waren zu verlassen. Bevor noch der zweite Mann dem Gefäß entstiegen war, wurde er von den eindringenden Gasen betäubt und sank in dasselbe zurück. Auf die Hilferufe des ersten hin sprang ein älterer Arbeitskollege hinzu und wagte mutig sein Leben, um den Kollegen zu retten, leider ohne die nötigen Vorsichtsmaßregeln anzuwenden, so daß auch er den Gasen zum Opfer fiel. Wiederbelebungsversuche, die von den alsbald auf der Unglücksstelle eintreffenden Rettungsmannschaften und Aerzten unternommen wurden, blieben leider erfolglos.

Goslar. (Ausländerfrechheit.) Auf dem hiesigen Bahnhof hat sich, der „Gosl. Ztg." zufolge, unlängst folgender Fall zugetragen: Der Berliner D-Zug läuft in Goslar ein. Eine Anzahl Reisender will aussteigen. Dem Ausgang zunächst steht eine ältere Dame. Wie die Tür geöffnet ist, kommt ein etwa 18jähriger Ausländer mit einem sehr breiten gelben Lederkoffer auf die Tür zugestürzt und will einsteigen. Er versucht, mit seinem großen Koffer die Dame zurückzudrängen; diese sagt: „Warten Sie bitte, bis wir ausgestiegen sind! Zu gleicher Zeit können wir doch nicht durch die Tür! Wo soll ich denn aussteigen?!" Der Ausländer darauf in gebrochenem Deutsch: „Das ist mir vollständig gleich, meinetwegen durch das Fenster!" — Ein Herr, der hinter der Dame steht, ein starker großer Mensch, bittet diese, ihn doch einmal vorbeizulassen. Ehe nun das Bürschchen auf dem Trittbrett auch nur einen Ton sagen konnte, wurde es von zwei derben deutschen Fäusten gefaßt und kurzerhand samt seinem Koffer seitlich auf den Bahnsteig gestellt. Daß diese Fäuste ihn dabei nicht ganz sanft angefaßt haben werden, wird sich jeder Leser denken können. Der 18jährige Ausländer wußte vor Schreck und Angst gar nicht, was er sagen sollte; wahrscheinlich hat er sich gewundert, daß er nicht noch eine recht kräftige und handgreifliche Quittung für seine Frechheit obendrein erhalten hat.

Osterwieck, Harz. (Zur Nachahmung empfohlen.) Nach langwierigen Verhandlungen zwischen einem aus Bürgern und den Gewerkschaften der Stadt Osterwieck bestehenden Aktionsausschuß und den Landwirten ist in Osterwieck ein bemerkenswerter Preisabbau in Lebensmitteln erfolgt. Der Milchpreis beträgt 12 Mark, das Ei kostete 5 Mark. Weiter wurde die Vereinbarung getroffen, daß zum Aufkauf nur mit polizeilichem Ausweis versehene Osterwieck Händler berechtigt seien.

Mühlhausen (Thür.). Wertvoller Fund. — Blitzschlag in das Elektrizitätswerk.) In Falken bei Mühlhausen wurden auf einem Boden der Schenke eine große Menge alter Akten entdeckt, die aus dem Dreißigjährigen und aus dem Siebenjährigen Kriege stammen. Man mißt den Aufzeichnungen, die seit Jahrzehnten unbeachtet liegen, für die Heimatgeschichte erhebliche Bedeutung bei. — Bei dem gestrigen Gewitter schlug der Blitz in Mühlhausen in Thüringen in das Elektrizitätswerk ein und setzte mehrere Leitungskabel in Brand. Die Stadt lag am Abend im Dunkeln.

Bürgel. (Begräbnisse kostenlos.) Der Gemeinderat nahm einstimmig eine Vorlage des Gemeindevorstandes an, in Zukunft die Bestattung kostenlos durch die Gemeinde vorzunehmen.

Zella-Mehlis (Thür.). Der Stadt wurde die staatliche Genehmigung zur Ausgabe von Notgeld bis zum Höchstbetrage von 10 Millionen Mark erteilt.

Weimar. (Schwer geprellt) wurde der hiesige Gold- und Juwelenhändler Böttcher von einem angeblichen Amerikaner. Der „Ausländer" suchte sich bei dem Juwelier Wertgegenstände in Höhe von 400 000 Mark aus und bezahlte mit amerikanischen Dollarnoten. Wie sich später herausstellte, waren diese Dollarnoten längst außer Kurs gesetzt und ungültig. Von dem Täter fehlt jede Spur.

Rudolstadt. („Acht auf einen Schuß".) Ein seltenes Jagdglück wurde dem Zimmermann Willy Richter in Großkochberg zuteil, indem er, dem „Saalfelder Kreisblatt" zufolge, auf einen Schuß acht Rebhühner zur Strecke brachte.

Gotha. (Die roten Stadtväter und die Steuerermäßigung für Sarrasani.) In der letzten Stadtverordnetensitzung stellten die Kommunisten einen Befragungsantrag, ob es wahr sei, daß der Stadtrat dem Zirkus Sarrasani einen Nachlaß der Lustbarkeitssteuer und in welcher Höhe gewährt habe. Bürgermeister Dr. Krug teilte mit, der Stadtrat habe mit dem Zirkus Sarrasani eine tägliche Pauschale für Lustbarkeitssteuer in Höhe von 1000 Mark vereinbart. Diese Vereinbarung habe der Zirkus nachweislich auch in anderen Städten getroffen, andernfalls sei er überhaupt nicht nach Gotha gekommen. Von der Linken wurde darauf erwidert, diese Summe sei viel zu niedrig, die Stadt sei mächtig betrogen worden, es müsse ein Disziplinarverfahren gegen den Stadtrat mit Haftdarmachung eingeleitet werden. Die Rechte fand die Pauschale zwar auch etwas niedrig, aber da andere Städte sich ebenso verhalten hätten, sei die Sache angesichts der Schlage und den bedeutenden Vorteilen, die Gotha durch den Zirkus wieder in anderer Beziehung gehabt habe, nicht zu ändern. Schließlich entstand ein derartiger Krach, daß der Vorsteher gezwungen war, die Sitzung aufzuheben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19220913010/fragment/page=0002

Sind die Kino-Eintrittspreise hoch?

Auf diese Frage gibt eine interessante Statistik Aufschluß, die die „Lichtbildbühne" veröffentlicht. In dieser Tabelle sind die Preise für den Dollar, die Butter, Straßenbahn, Zeitungen, den Rohfilm und den Kino-Eintritt in den Jahren 1914 bis heute einander gegenübergestellt. Diese Ziffern zeigen, daß, während seit 1914 der Dollar um 25 000 Proz., die Butter um 12 200 Proz., die Straßenbahn um 5000 Proz., die Zeitungen um 6600 Proz., der Rohfilm um 7700 Proz. gestiegen sind, der Eintrittspreis für Kinos heute noch nicht 3000 Proz. mehr beträgt als früher. Daß diese verhältnismäßig geringe Steigerung nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch besteht, zeigt ein Beispiel, das die genannte Fachzeitschrift anführt: Wenn ein Arbeiter vor dem Kriege 0,25 Mark je Stunde verdiente, also eine Stunde arbeiten mußte, um überhaupt ins Kino gehen zu können, braucht er heute bei einem Stundenlohn von 40 Mark und mehr noch nicht eine halbe Stunde, um 20 Mark für das Kino aufzubringen. Dabei sind aber die Kinos, die mit 4, 6 und 8 Mark beginnen, heute immer noch in der Mehrzahl.

Metalldiebstahl.

Die hohen Metallpreise verlocken zum Diebstahl von Metall, selbst in den kleinsten Mengen. Die Polizei ist eifrig bemüht, solchen Dieben ihre zum großen Teil einträgliche Nebeneinnahme durch scharfe Ueberwachung von Hehlern unmöglich zu machen. Gestern wurden hier drei junge Leute verhaftet, die sich seit langer Zeit in Halle und Umgebung umhergedrückt haben und in den Herbergen nächtigten. Sie wurden dabei erwischt, als sie vier Zentner Eisen, die sie auf einem Handwagen mit sich führten und die sie in der Umgebung von Halle gestohlen hatten, verkaufen wollten.

Vom Viehmarkt. Der Markt fand auf dem früheren Exerzierplatze hinter der Roßplatzkaserne statt. Er übertraf an Auftrieb und Verkehr sämtliche Märkte nach dem Kriege. Aufgetrieben waren 1093 Ferkel, 18 Läuferschweine, sowie 282 Pferde. Der Umsatz an Schweinen war derart flott, daß bereits gegen 10 Uhr vormittags fast sämtliche Schweine Abnehmer gefunden hatten. Der Handel mit Pferden war mittelmäßig. Die Durchschnittspreise für Ferkel betrugen 1700—2400 Mark. Für Läuferschweine wurden bis zu 3300 Mark bezahlt. Die Preise für Pferde waren außergewöhnlich hoch. Eine größere Anzahl inländischer Zigeuner „belebte" den Marktverkehr.

Aus dem Reiche der Polizei. Festgenommen wurden im August: 24 Personen wegen einfachen, 22 wegen schweren Diebstahls, 13 wegen Betrugs, 6 wegen Unterschlagung und Urkundenfälschung, 14 wegen Landstreichens und Bettelns, 8 wegen anderer Straftaten, 15 männliche, 21 weibliche Personen wegen Umhertreibens. Ferner wurden 249 Anzeigen wegen einfachen, 59 wegen schweren Diebstahls, 45 wegen Betrugs und 22 wegen Sittlichkeitsvergehen erstattet.

Ein ungenügsamer Schokoladenliebhaber. 450 Tafeln Boochschokolade wurden in der Nacht zum 12. September aus einem Ladengeschäft bei einem Einbruch gestohlen. Sachdienliche Mitteilungen über Angebot usw. werden an die Kriminalpolizei, Zimmer 78, erbeten.

Wem gehört das Fahrrad? Bei einer Durchsuchung wurde ein Fahrrad Marke „Neckarsulm Pfeil" Nr. 329 136 beschlagnahmt. Der Eigentümer wolle sich bei der Kriminalpolizei, Dreyhauptstraße 4, Zimmer 66 oder 67, melden.

Briefkasten.

An die unbekannte Einsenderin der Briefe, die uns erreichten.
Wir bitten Sie abermals und dringend, das Beschreiben des unschuldigen, jetzt so teuren Papiers, mit Briefen, die Sie uns nachher schicken, durchaus zu unterlassen; denn diese Ergüsse einer verstiegenen Seele — verzeihen Sie diese harte, aber zutreffende Beurteilung Ihrer Brieferzeugnisse — wandern unfehlbar in den Papierkorb.

A. A. 100. 1. Auch für die Wohnung der Hausverwalterin muß die Wohnungsbauabgabe entrichtet werden. Entweder durch den Besitzer oder durch die Hausverwalterin selbst, je nach den Abmachungen, die die beiden über das Wohnen zwischen sich getroffen haben. Keinesfalls darf die Wohnungsbauabgabe für die Vermieterwohnung auf die anderen Mieter umgelegt werden. 2. Ja, Auch hier werden anteilig die Zuschläge zur Grundmiete wie bei jedem anderen Wohnungsinhaber berechnet. 3. So allgemein ist Ihre dritte Frage nicht zu entscheiden. Wenn im Mietvertrage, wie es wohl wahrscheinlich ist, die Bestimmung enthalten ist, daß ohne Zustimmung des Vermieters Untermieter nicht aufgenommen werden dürfen, ohne daß von einer Mietentschädigung an den Vermieter für einen Untermieter die Rede ist, so kann der Vermieter, hat er einmal die Erlaubnis zum Mitbenutzen der Mieterwohnung durch die Witwe gegeben, einen Mietzins nicht beanspruchen.

A. Sch. in Halle. Nur nach einem abgeschlossenen Universitätsstudium, dem eine entsprechende Vorbildung vorangehen muß, die durch die Reifeprüfung nachgewiesen wird, können Sie den Doktortitel erhalten. Es steht aber nichts im Wege, daß Sie durch Teilnahme an Hochschulkursen sich die notwendige Bildung auf dem Gebiete der Chemie und Physik aneignen. Was anderes ist es, ob die so erworbenen Kenntnisse ausreichen werden — was wir bezweifeln möchten —, damit Sie den Beruf eines Chemikers mit Erfolg ausüben können.

Wetterwarte. Das Tiefdruckgebiet, welches gestern morgen über Italien lag, ist schnell nordwärts vorgedrungen und hat sich mit der nördlichen Barometerdepression, die eine starke Achsendrehung ausführte, vereinigt. In Deutschland sind daher im Süden sowie in den mittleren Landesteilen wieder Regenfälle eingetreten, die auf der Strecke Dresden-Kassel von Gewittern begleitet waren. Die Temperatur ist gestiegen. Da die langgestreckte Tiefdruckfurche eine weitere Drehung ausführen wird, so dürften wir morgen unter ihren Einfluß kommen.

Turnen, Sport und Spiel

Herbst-Ruder-Regatta.

Am Sonntag, dem 17. September, veranstaltet der Saale-Regatta-Verein die dritte Herbstregatta auf der neuen Rennstrecke zwischen Röpzig und Wörmlitz. Es sind 7 Rennen ausgeschrieben, zu denen so zahlreiche Meldungen eingelaufen sind, daß am Vormittag von 8 Uhr an Vorrennen stattfinden müssen. Es beteiligen sich die drei hiesigen Rudervereine, dann der Ruderklub Saxonia (Dölau), die Merseburger Rudergesellschaft, der Weißenfelser Ruderverein von 1884 und der Ruderklub Viktoria (Bernburg). Es sind ausgeschrieben: Ein Jungmann-Vierer, zwei Achter, ein Anfänger- und ein Meisterschafts-Einer und zwei Vierer.

Mit besonderer Spannung sieht man dem Saale-Meisterschaftseiner und den Achterrennen entgegen. Es ist zu erwarten, daß guter Sport geboten wird. Die Rennen beginnen pünktlich um 2 Uhr. Der Eintrittspreis ist auf 10 Mark festgesetzt. Die beste Verbindung ist mit der Ueberlandbahn nach Ammendorf, wo Wegweiser die Richtung zur Regattastrecke anzeigen.

Spanischer Sieg im Königs-Preis.

Unter gewaltigem Andrang wurde am Sonntag in San Sebastian zum ersten Male der Große Preis des Königs Alfons XIII., der mit 500 000 Pesetas ausgestattet die wertvollste Prüfung der Welt ist, gelaufen. Das Schicksal wollte es, daß das auf Anregung des spanischen Königs veranstaltete Rennen für Pferde aller Länder an seine eigenen Farben fiel, und die Begeisterung der Zuschauer war ungeheurer, als Ruban unter Jockey J. Lyne als Sieger durchs Ziel ging und 15 der besten Vertreter aus Frankreich, England, Spanien und Belgien hinter sich ließ. Ruban, der als krasser Außenseiter gestartet war, konnte in diesem Jahre von sechs Starts fünf siegreich gestalten. Die französischen Vertreter Rambour (Gaudinet), und der als Favorit gewettete Le Prodige (J. Winkfield) belegten den zweiten und dritten Platz vor Sandobor (A. Diez), in spanischem Besitz und Harpocrate (M. Allemand). Toto: Sieg 236, Platz 41, 28, 12½.

Aufhebung der Bäder-Flugposten Bremen—Wangerooge und Hamburg—Westerland. Der Flugpostdienst auf den Linien Bremen—Wangerooge und Hamburg—Westerland wird mit Ablauf des 15. September eingestellt. Auf der Linie Hamburg—Westerland verkehrt am 15. Sept. nur noch eine Flugpost von Westerland nach Hamburg.

Flugpost nach Moskau. Die Flugposten Königsberg (Pr.)—Smolensk—Moskau und zurück verkehren jetzt jeden Dienstag und Freitag. Abflug wie bisher von Königsberg 8,30 vorm., Ankunft in Moskau 7,15 (osteuropäische Zeit). Die Anschlußposten von Berlin gehen ab Montag und Donnerstag mit Zug D 7 ab Schles. Bhf. 6,58.

MAGGI's Suppen ersparen Suppenfleisch

Nur mit Wasser nach Anweisung gekocht, schmecken sie ebenso kräftig wie mit selbstgemachter Fleischbrühe zubereitete Suppen. Eiernudeln, Eiersternchen, Erbs, Erbs mit Speck, Ochsenschwanz, Pilz und andere beliebte Sorten.
Man achte auf den Namen MAGGI und die gelbrote Packung.

Familien-Nachrichten.

Am Dienstag, den 12. d. M., verschied sanft nach kurzer Krankheit unsere innigstgeliebte, unvergessliche Mutter, Grossmutter, Urgrossmutter, Schwiegermutter und Schwester

Frau Fanny Holländer
geb. Rau

kurz vor Vollendung ihres 80. Lebensjahres.
Dies zeigen in tiefstem Schmerz an
Die trauernden Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 15. d. M., vorm. 11 Uhr, von der Halle des israelitischen Friedhofes aus statt.

Aus Halle:

Eheschließung: Paul Selka und Frau Olly geb. Röhrborn.

Todesfälle: Justizsekretär Peter Kohl. Frau Minna Kroft geb. Hammer, 78 J. Frl. Emma Hohndorf, 41 J. Justizoberinspektor Fritz Wiemann, 62 J. Frau Henriette Dietsch geb. Wiede, 84 J.

Von auswärts:

Bernburg. Eheschließung: Friedrich Kloos und Frau Emmi geb Wohlhaupt. — Todesfälle: Alexander Rose. Rudolf Reichelt, 68 J.

Leipzig. Verlobungen: Liesel Fromm mit Richard Stengel. Else Friedrich mit Dr. phil. Peter Wulff. — Eheschließungen: Bernhard Ziegler und Frau Marie geb. Schmidt. Karl Helbig und Frau Margarete geb. Käppler. Kurt Jacoby und Frau Agnes geb. Jolowicz — Todesfälle: Wilhelm Broheich, 44 J. Robert Kunze. Paul Schmidt, 58 J. Anton Hartmann, 61 J. Frau Klara Naumann geb. Keilhaul, 44 J. Frau Auguste verw. Becher geb. Hübschmann, 78 J. Frau Emmy Schröter geb. Proposch Frau Anna verw. Bauer geb. Wiebel. Frau Ida Ottilie Lüttich.

Weimar. Verlobung: Ida Dietrich mit Paul Friebel. — Eheschließung. Anton Brendel und Fran Irma eb. Schmidt. — Todesfall: Frau Anna Schrader geb. v. Rese, 77 J.

Zeitz. Todesfälle: Herbert Becher, 10 J. Eduard Neubert 48 J. Bernhard Jacob, 70 J. Karl Topschall sen.

RINO-SALBE
bewährt bei
FLECHTEN/HAUTLEIDEN/OFFENEN FÜSSEN
ALTEN WUNDEN/AUSSCHLÄGEN/FROSTSCHÄDEN
Erhältlich in den Apotheken
RICH. SCHUBERT & Co G.M.B.H. Weinböhla-Dresden.

Von der Reise zurück
Professor Loening
Burgstraße 31.

Waren zur Säuglings-, Wöchnerinnen-, Gesundheits- und Krankenpflege.
Verbandstoffe.
Dauerwäsche.
C. Klappenbach
Sanitätshaus
Halle a. d. S.
Gr. Ulrichstr. 41

Kleine Anzeigen

Für „Kleine Anzeigen" gilt die Wortberechnung. Das Wort kostet nur 2.00 Mk., die Ueberschriftszeile 15,00 Mark. Schluß der Anzeigen-Annahme zehn Uhr vormittags.

Für „Kleine Anzeigen" findet der Gutschein, der in jeder Nummer erscheint, Anrechnung. Der Gutschein wird bei Aufgabe einer Anzeige mit 10,00 Mark bar angerechnet.

Offene Stellen

Suche zu möglichst sofortigem Antritt tüchtigen,
geschickten Dekorateur
für Modehaus. Gefl. Offerten mit Angabe von Referenzen unter T. 11 391 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Ich suche zum sofort. Antritt einen älteren gewissenhaft
Chauffeur
welcher sich durch Zeugnisse hierüber ausweisen kann. Derselbe muß bereits Personen-Kraftwagen längere Zeit gefahren aben Angeb unter D. 517 an die Geschäftsst. d. Zeitung.

Feldschutzbeamter,
national gesinnt, energisch, für einige Wochen auf Gut gesucht. Meldungen mit Gehaltsansprüchen unter S. 11 385 an die Expedition dieser Zeitung.

Gärtner,
erfahren in Obstbaumpflege und Gemüsebau, zu möglichst sofortigem Antritt gesucht. Zuschriften unter Angabe bisheriger Tätigkeit erbeten unter C. 11 430 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Gesucht zu sofort evangelischen, verheirateten Pferdeknecht mit nur guten Zeugnissen in Dauerstellung. Frau muß melken können.
Gut Weidebrunn, Schmalkalden.

Molkereilehrling gesucht. Angebote unter V. 11 122 an die Expedition dieser Zeitung.

Tücht. Friseurgehilfe gesucht. Angebote unter B. 11 331 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Ordentlicher Junge für Landwirtschaft gesucht. A. Bamberg, Sohnstedt.

Suche zum 15. September **junges Mädchen** bei gutem Lohn.
Gasthof Stöhna bei Gaschwitz.

Tapisseristin
welche tüchtige Verkäuferin sein muß und befähigt ist, die Handarbeits-Abteilung evtl. selbständig zu leiten, gesucht. Gehalt Mk. 6000.—. Angeb. mit Bild, Zeugnisabschr. erb
Anna Thieme, Inh.: **Wilh. Werner,**
Aschersleben

Tüchtiges
Hausmädchen
zum 1. Oktober bei hohem Lohn gesucht.
Meldungen mit Zeugnissen an
Frau L. Rüdiger, Mühle Roßla.
Reise wird vergütet.

Suche zum 1. Oktober 22 kinderl. junges
Mädchen
für zwei kl. Buben ($1\frac{1}{4}$—$2\frac{1}{2}$ jährig) bei Familienanschluß. Gefl. Angebote mit Gehaltsangabe sind zu richten an
Frau Gertrud Schrader
Freigut Hergisdorf bei Eisleben.

Geübte
Strickerinnen
sowie
Stickerinnen
und
Häklerinnen
in Wollsachen aller Arten, für lohnende Heimarbeit, werden noch angenommen. Wohnungsschein bitte vorlegen.
Rudolf-Haym-Str. **35** parterre rechts.

Gesucht zum 1. Okt. eine Stütze für Haushalt mit vier Kindern. Hilfe vorhanden. Frau Stud.-Rat Dr. Hinze, Schleusingen i. Thür., Ilmenauer Str. 23.

Suche zur selbständigen Leitung meines kleineren Landhaushaltes gebildete Dame aus guter Familie. Ein Witwer, Mitte 50, gesund und in gut. Verhältnissen, herrschaftl. Landsitz, erw. Söhne. Beding.: Erfahrung im Landhaushalt, selbstätig, heiteres, zufried. Wesen, wirtschaftlich unabhängig, Musik erw. Alleinstehende Witwe, Ende 30, Mitte 40 bev. Angeb. mit genauen Ang. über Pers., Anspr. und mögl. Bild erbeten unter H. 7812 an die Geschäftsstelle dieser Ztg.

Stellen-Gesuche

Vertrauensstellung
Erfahrener, zuverlässiger Mann, 51 Jahre alt, in schriftlichen Arbeiten bewandert, mit sauberer Handschrift und gewandten Umgangsformen, solid,
sucht geeignete Stellung
in Industrie oder größerem Unternehmen in der es auf arbeitsfreudige, gewissenhafte Pflichterfüllung (auch als Kassenbote) ankommt.
Zeugnisse und Empfehlungen vorhanden. Angebote unter S. H. 92 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung erbeten.

Schriftliche Heimarbeit wird gesucht. Off. unter R. 11 379 an die Expedit. dieser Zeitung.

Junge Frau sucht für sofort oder später Stellung als **Buchhalterin** oder Kassiererin. Off. unter **S. 50** an die Geschäftsst. d. Ztg.

Filial-Leiterin
f. Schokol. u. Konfitüren, durch langjähr. Tätigkeit praktisch erfahren, sucht per 1. 10. 22 Vertrauensstellung. Off. erb. unter **E. 518** postlg. Bad Elster.

Zu verkaufen

Gelegenheitskauf!
1 großer Posten **Hähne, Condenstöpfe, Ventile** und **Packungsmaterial,** ferner **1 Kopierpresse,** 1 große **Planscheibe** 250 mm, 1 großes Dreibackenfutter billigst ab Lager Leipzig zu verkaufen. Offerten unter C. 516 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Sehr gut erhaltenen
Rollwagen
mit starken Federn verkaufen preiswert
Gebrüder Meyer
Querfurt.

Großer **Garderobenschrank** **Gaslampe** zu verkaufen.
Karau Wittestr. 5

Außergewöhnliches Angebot!
Traubensekt
deutsches Erzeugnis.
Cuvee spezial de Roche & Co.,
halbtrock., sow. Vorrat reicht: in Postkolli von 8—10 Fl. 105 Mk., in Bahnkisten v. 50 Fl. 100 Mk. inkl. Glas ab Lager Hamburg bieten an
Georg Schacht & Sohn, G. m. b. H.,
Hamburg 15.

Kaufgesuche

Gebrauchter Kleiderschrank zu kaufen gesucht. Gefl. Offerten unter G. 11 388 an die Expedition dieser Zeitung.

Leere Fässer zu kaufen gesucht. Offert. unter V. 11 348 an die Expedition dieser Zeitung.

Gebrauchter Ulster zu kaufen gesucht. Angebote unter H. 11 346 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Gebr. Badeeinrichtung
(Badewanne und Badeofen)
sofort zu kaufen gesucht. Offert. erbeten unter **V. 511** an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Kind.-Selbstfahrer zu kaufen gesucht. Off mit Preis unter **B. 2247** an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Kleiner, gebrauchter
Handwagen
sofort zu kaufen gesucht. Angebote unter **F. 9876** an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Heiratsgesuche.

Junger Mann
28 Jahre, u. sichere Lebensstellung wünscht mit jüngerem Fräulein oder Witwe zwecks späterer Heirat in näheren Verkehr zu treten. Off. unt. **M. 4094** an die Geschäftsst. dieser Zeitung erbeten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19220913010/fragment/page=0003